

Verwendung der beigefügten Bilder des BUND-Odenwald im Zusammenhang mit dieser Mitteilung freigegeben.

01.12.20 - Pressemitteilung 2020-26:

Wieder mal ein Radwegeplan für die Schublade?

Der Odenwaldkreis erhält vom hessischen Wirtschaftsministerium 70.000€ für die Erstellung eines Radwegekonzeptes. Droht dieser Ausarbeitung dasselbe Schicksal wie den Radwegekonzepten von Erbach, Michelstadt und Höchst i. Odw.? Diese landeten alle folgenlos in der Schublade.

Radwege im Odenwaldkreis

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) sieht im Kreisgebiet ein relativ gutes Wegenetz für den Bereich Naherholung und Freizeit sowie für den Radsport. Letzterer kommt allerdings den Ansprüchen an den Naturschutz oft in die Quere, insbesondere durch die Radstrecken, die illegal durch die Wälder angelegt wurden. Dieser Unsitte stehen die Kommunen und der Forst ziemlich machtlos gegenüber.

Für den Alltagsverkehr per Rad bestehen jedoch erhebliche Defizite, vor allem innerorts als auch zwischen den Gemeinden und regional.

Die Hauptverkehrsstraßen innerorts sind vor allem dem Kfz-Verkehr vorbehalten – Radverkehr wird nur knapp geduldet. Radspuren oder sonstige Hilfen für den Radverkehr: Fehlanzeige.

Erfahrungen mit Verwaltungen

Der BUND Höchst-Breuberg hat 2018 die Radwege in und um Höchst befahren und seine Erfahrungen dokumentiert (<https://odenwald.bund.net/bund-hoechst-breuberg/>). Die Ergebnisse wurden dem hessischen



Abbildung 1: Radleralltag in Höchst i. Odw.

Verkehrsministerium für die Hessenradwege und dem Odenwaldkreis vorgetragen. Die Antworten waren jeweils ähnlich. Sinngemäß: ‚Wir danken für die Information – aber wir können nichts tun‘ und es folgten ausführliche Beschreibungen, warum man/frau als Behörde für die jeweiligen Schwachstellen nicht zuständig sei und warum es keinen Handlungsbedarf gäbe.

Michelstadt und Erbach haben vor 8 Jahren, Höchst i. Odw. vor drei Jahren ein Radweggutachten in Auftrag gegeben und mit hohem Subventionsanteil aus Wiesbaden finanziert bekommen. In allen drei Kommunen ist bis Dezember 2020 in Sachen Umsetzung der Verbesserungsvorschläge nichts passiert. Der Grund: Veränderungen im Wegenetz oder in der Beschilderung kosten Geld, das die Kommunen lieber anderweitig ausgeben. Höchst i. Odw. in diesen Tagen z.B. 100.000€ für den Umbau eines Parkplatzes. Auch der Odenwaldkreis als Straßenbaulastträger hält sich bei Radwegeinvestitionen eher zurück. Zwar wurde als Positivbeispiel die Bahnhofstraße in Breuberg bei ihrem Neubau mit Radstreifen markiert – aber dass dies als Standardlösung z.B. auch in

Höchst i. Odw. anzuwenden sei, wird vom Kreis eher nicht gefordert. Die Verwaltung überlässt das Feld diskussionslos den Automobilfans in Form der beauftragten Planungsbüros.

Versprechen aus Wiesbaden

Dies soll sich laut Versprechen aus Wiesbaden mit der Förderzusage ändern, Bürgerinnen sollen künftig online etwas zum Radverkehr vortragen können. Das Ministerium verspricht nicht, dass dann auch durch Maßnahmen reagiert würde.

Die Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen wird in Hessen noch recht altertümlich gehandhabt. Die Verwaltung und die Planer können sich in der Regel gegenüber Alternativvorschlägen leicht durchsetzen. Ein Bürgerexperten-Gremium, das mit ‚Normalbürgerinnen‘ Vorschläge ausarbeitet, die dann auch realisiert werden, ist im Odenwaldkreis unbekannt. Die politischen Entscheider (meist männlich) wollen sich ihre Vorliebe für das motorisierte Vierradfahrzeug nicht durch den Radverkehr streitig machen lassen. Die Frage, wie man auf konstruktive Vorschläge aus der Bevölkerung reagieren sollte, steht noch lange offen. Zur Verbesserung sieht sich die Verwaltung kaum in der Lage.

Ausblick

Der BUND befürchtet, dass das fast 100.000€ teure Gutachten im nächsten Herbst mit Tamtam öffentlich entgegengenommen wird, dann aber zu seinen Kumpels in der Schublade verschwindet. Dagegen hilft nur ein in den Haushalten der kommenden Jahre fest eingeplanter Betrag (100.000€ pro Jahr) für die Weiterentwicklung des Radwegesystems. Der Kreis als Treiber einer solchen Entwicklung erscheint dafür schlecht aufgestellt – ein BUND-Vorschlag vom Herbst 2019 zum Thema Lastenräder liegt nämlich seither zusätzlich bei den Schubladenkumpels.



Abbildung 2: Wohlgemeinter Schilderdschungel am falschen Platz